

PRESSEMITTEILUNG

29. August 2012

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose traf Innenminister Markus Ulbig

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, traf heute mit Sachsens Innenminister Markus Ulbig zum Gespräch zusammen. Hintergrund des Gesprächs war die Bitte des Zentralrats an die sächsischen Behörden, alle in Frage kommenden Ermittlungen zur Aufklärung des Brandanschlags auf eine Sinti-Familie in Klingenhain am ersten Weihnachtsfeiertag 2009 durchzuführen, damit die Täter gefasst und zur Verantwortung gezogen werden. Die Umstände sprachen nach Auffassung des Zentralrats dafür, dass rassistische Motive zugrunde lagen und die mutmaßlichen Täter aus der rechtsextremistischen Szene stammen. Die Familie und insbesondere auch deren Kinder waren in dem Ort schon vor der Tat Opfer rassistischer Beschimpfungen und Feindseligkeiten geworden. Die Täter des Brandanschlags konnten aber nie ermittelt werden, was von allen Seiten bedauert wurde.

Da Sinti und Roma immer noch der Hetze durch Rechtsextremisten, Diskriminierungen und Vorurteilen ausgesetzt seien, müsse der Rechtsstaat sich heute grundsätzlich und konsequent schützend vor die Minderheit stellen, erklärten Minister Ulbig und Zentralratsvorsitzender Rose übereinstimmend nach dem Gespräch. Dies gebiete die besondere Verantwortung gegenüber einer Minderheit, deren Angehörige Opfer des Völkermordes durch die Nationalsozialisten waren, betonten beide Gesprächspartner.

Neben der zunehmenden rechtsextremistischen Gewalt gegen Roma in Europa war Thema des Meinungsaustauschs auch die Möglichkeit einer längerfristigen Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und dem Zentralrat im Hinblick auf die Vermittlung von Inhalten des Minderheitenschutzes und der gesellschaftlichen Anerkennung im Rahmen der Polizeiausbildung. „Die Information über die 600-jährige Geschichte unserer Minderheit als Bürger dieses Landes ist auch in staatlichen Institutionen immer noch nicht ausreichend vorhanden, um Klischees und Vorurteilen wirksam entgegenzutreten“, sagte Rose. „Wir wollen keine Sonderrechte, sondern lediglich Sensibilität dafür erreichen, was der Rechtsstaat und das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes für den Umgang mit den Minderheiten bedeutet“, bekräftigte der Zentralratsvorsitzende.

Innenminister Ulbig begrüßte die konkreten Angebote einer Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, einer Einrichtung des Zentralrats. Insbesondere sei es eine gute Möglichkeit, in Sachsen die Ausstellung über die Geschichte und den NS-Völkermord an den Sinti und Roma zu zeigen und regelmäßig Exkursionen mit Ausbildungsgruppen in das Zentrum in Heidelberg durchzuführen.

Arnold Roßberg
(Jur. Mitarb.)